

nissen hatte, nur so nebenbei mit der Wahrnehmung dieser wichtigen Interessen zu betrauen, dies ist auch in der That zu bezeichnen für den gegenwärtigen obersten Rath der Krone, als daß man nicht endlich auf eine Abhülfe hätte Bedacht nehmen sollen. Herr v. Radomiz, der im Augenblicke eigentlich vollständig dieses auswärtige Ministerium leitet, scheint jedoch Sorge tragen zu wollen, daß auch bei einer selbstständigen Besetzung dieser Stelle die oberste Leitung ihm verbleibt, denn, wie wir hören, ist wirklich Herr v. Schleinitz, der 24stündige Minister aus dem Ministerium Auerwald, hierfür ausersehen. Der Graf Bülow, der jetzige Unterstaatssekretair in diesem Ministerium, der durch die Energie seines Willens und seine hohe geistige Begabung dieser Stelle sonst so sehr gewachsen wäre, hat eine Annahme derselben unter den gegenwärtigen Umständen abgelehnt, indem er nur dann annehmen wollte, wenn das von ihm aufzustellende Programm höheren Orts gebilligt, die Ausführung desselben ihm aber auch alsdann ohne fremde Einmischung überlassen würde. —

Berlin, 11. Juni. Heute ist der größere Theil der verhafteten Mitglieder des Comité's für volksthümliche Wahlen frei gelassen worden und wahrscheinlich werden auch die übrigen morgen aus ihren Gefängnissen hervorgehen. Sämmtliche Entlassene haben einen Revers unterschreiben müssen, daß sie sich vor das Kriegsgericht zum Verhör stellen wollen, sobald sie dazu aufgefordert werden, und dem Kriegsgericht Anzeige zu machen, wenn sie etwa verreisen wollen. — Dagegen sind heute bei dem Fabrikanten Tourret und dem Stadtrath Runge, zwei als Demokraten bekannte Männer, strenge Hausfuchungen vorgenommen worden. Herr Tourret wurde verhaftet, Herr Runge ist schon seit einigen Wochen verreist, ersterer wurde jedoch wieder entlassen, nachdem man ihn über die Wissenschaft eines Organisationsplans der Demokratie inquirirt hatte. — Die Anklage gegen die 15 Mitglieder des demokratischen Comité's, welche nun weiter verfolgt werden soll, lautet auf geheime Verbindung zur Beförderung republikanischer Pläne. — Waldeck's Prozeß ist noch immer in Dunkel gehüllt, es verlautet gar nichts davon. Sein Arzt hat ihm einige Erleichterungen der Haft erwirkt, so daß er täglich in dem kleinen Garten der Stadtvogtei spazieren gehen darf.

Ueber den gänzlichen Bruch zwischen der Reichsgewalt und Preußen erzählt man merkwürdige Geschichten. Der Reichsverweser hat sich aufs Entschiedenste jede Mitwirkung preussischer Truppen bei dem Kampfe gegen Baden und die Pfalz verboten, allein Preußen hat erklärt, diese Befehle als nicht geschehen zu betrachten, da der Großherzog von Baden seine Hilfe angerufen hat. — Heute lief das Gerücht um, der König von Württemberg sei entflohn.

(*) **Berlin, 12. Juni.** Von welcher Bedeutung man höchsten Orts die süddeutsche Bewegung hält, geht daraus hervor, daß gestern der Prinz von Preußen nach dem Rheine abgereist ist, um das Commando sämmtlicher, am Rheine zusammengezogener preuss. Truppen zu übernehmen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß dem Prinzen das Ober-Commando über sämmtliche deutsche Truppen, welche dort concentrirt sind, übertragen werden wird. Man gedenkt am 16. d. M. die Feindseligkeiten gegen Baden und die Pfalz zu beginnen. Bei einem entschiedenen Einschreiten des Reichsheeres wird das Ende des Aufstandes in kurzer Zeit herbeigeführt werden. — Der amerikanische Gesandte, Oberst Donelson, verläßt morgen unsere Residenz. Er begibt sich nach Brüssel, um dort abzuwarten, bis die Zustände Deutschlands besser geordnet sind, und eine befestigten Central-Gewalt ins Leben gerufen sein wird, an deren Spitze er seine Mission antreten kann. — Dem Vernehmen nach hat vor einigen Tagen das gesammte Staatsministerium bei dem Könige um Entlassung nachgesucht. — Die Einsetzung der neuen provisorischen Centralgewalt vom Rumpfparlament zu Stuttgart wird hier als ein politisches Curiosum besprochen und — belacht. Nun, es gibt der Komiker schon viele; mögen dann auch jene fünf Männer der neuen Regentschaft zu Stuttgart dazu gehören. Als solche werden sie wohl eine kurze Zeit agiren. —

Berlin, 12. Juni. Wie wir vernehmen, wird von Herrn Römer an die übrigen deutschen Regierungen, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, die Aufforderung ergehen, sich über die unter den obwaltenden Verhältnissen von ihnen beabsichtigten Schritte vernahmen zu lassen, event. ihre Bevollmächtigten zu einer gemeinsamen Berathung zusammen treten zu lassen. Auch mit Preußen und Baiern sollen Seitens Württemberg Unterhandlungen angeknüpft sein, um auch mit den diesseitigen Regierungen in Verständniß zu kommen. Wie versichert wird, hat Herr v. Reinhardt, der hiesige Resident Würtbergs, den Auftrag, sich mit der preuss. Regierung darüber zu benehmen, ob sie stricte an dem von ihr in Gemeinschaft mit Hannover und Sachsen erlassenen Verfassungsentwurf festhält oder ob sie zu Modificationen desselben bereit ist. Für den letzten Fall dürfte Württemberg, im Einverständniß mit den übrigen Regierungen, welche die Frankfurter Reichsverfassung anerkannt haben, auf Unterhandlungen eingehen und die Zusammenberufung eines Reichstages zur Revision des Frankfurter, wie des preussischen Entwurfs proponiren. Die Aeußerungen des Gothaer Congresses werden nach dieser Seite hin sehr maßgebende sein.

Die jüngste Ausweisung des Dr. Schütte ist nicht, wie die

früheren, unvollzogen geblieben. Der Ausgewiesene wurde ungeachtet aller Gegenvorstellungen durch Constabler aus Berlin entfernt.

Frankfurt, 11. Juni. Der Prinz von Preußen wird heute erwartet. Nach Frankfurt wird er augenblicklich, wie es scheint, nicht kommen, da mehrere Personen, welche der Prinz zu sprechen wünscht, nach Mainz beschieden sind.

Frankfurt, 12. Juni. Nachrichten aus Mannheim vom gestrigen Tage melden, jedoch unverbürgt, obschon aus guter Quelle, österreichische Truppen seien in Konstanz eingerückt.

Die „Neue Deutsche Ztg.“ berichtet nach einem Privatbriefe aus Worms, am 10. Juni, Mittags 1 1/2 Uhr, seien die pfälzischen Schaa-ren, 6500 Mann stark, unter Metternich's Obercommando in Worms eingerückt, hätten die Schiffsbrücke abgefahren und das Ufer mit zwei haubigen besetzt. Die Darmst. Ztg. gab die Zahl der in Worms eingerückten Freischaar auf 3- bis 400 Mann an.

Mainz, 11. Juni. Heute ist durch den Polizeikommissair den Wahlmännern angedeutet worden, daß die hessische Regierung, da sie Stuttgarter Versammlung nicht als rechtsgültig anerkenne, die auf morgen angesagte Wahlmännerversammlung als ungesetlich und durch Art. 191 des Strafgesetzbuchs verboten betrachte! — In Alzei sind in verwichener Nacht Preussische Truppen, die von Kreuznach kamen, eingerückt.

Koblenz, 13. Juni. Heute Morgen soll die Nähe-Armee in die Pfalz eingerückt sein. Als sich gestern Abends der Prinz von Preußen von Mainz zurück nach Kreuznach begeben wollte, fielen aus einem Gebüsch vor Ingelheim mehrere Schüsse auf denselben. Eine Kugel drang in den Wagen; eine andere tödtete den Kutscher des Prinzen. Der Prinz selbst ist unverletzt geblieben.

Neuß, 11. Juni. In der gestrigen General-Versammlung des Vereins Rins IX. wurde in Uebereinstimmung mit dem Kölner Verein einstimmig zu erklären beschlossen,

„daß bei der Größe der Gefahr, in welcher das deutsche Vaterland gegenwärtig schwebt, Seine Kaiserliche Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser durch das entschiedene, würdevolle Ablehnen des ihm seitens der Königl. Regierung Preußen gestellten Anstimmens, die Reichsstatthalterschaft abzutreten, sowie durch die fernere Behauptung des ihm anvertrauten hohen Postens sich den Dank der deutschen Nation verdient hat.“

Darmstadt, 11. Juni. Man spricht heute, vermuthlich mit Bezug auf die Annahme des preussischen Verfassungs-Entwurfs, von einem Ministerwechsel, wenigstens in den Departements des Krieges und der Justiz, in denen man die Energie vermisst. Auf dem Kriegsschauplatz an der Bergstraße herrscht noch Ruhe. (Die beiden Minister sind bereits ausgetreten.)

Bruchsal, 11. Juni. So eben trifft die Nachricht von der Eröffnung der konstituierenden Versammlung in Karlsruhe ein. Bren-tano eröffnete dieselbe mit einer Rede, worauf Minister Peter die Versammlung in Kenntniß setzte, daß Mieroslawsky in Karlsruhe eingetroffen sei, um das Commando zu übernehmen.

München, 11. Juni. Kurz nach 3 Uhr wurde heute die Kammer der Abgeordneten eröffnet. Auf der Tagesordnung stand die Beschwerdeführung gegen das Präsidium. Allein gleich anfangs verlangte Minister Ringelmann das Wort und verlas folgenden Erlaß:

„Nirimilian II. zc. zc.

Unsern Gruß zuvor, Liebe und Getreue!

Wir finden uns bewogen, mit Bezugnahme auf §. 23. Tit. VII. der Verfassungsurkunde, die Versammlung des gegenwärtigen Landtages aufzulösen, und behalten uns vor, eine neue Wahl der Kammer der Abgeordneten innerhalb der durch die Verfassungsurkunde bestimmten Zeit vornehmen zu lassen.

Wir verbleiben mit königlicher Huld und Gnade gewogen.

München, 10. Juni 1849.

Kleinschrod. Dr. Aschenbrenner. Dr. Ringelmann. v. d. Pforden. Lüder. Zwehl.“

X Speyer, 11. Juni. Der Ober-Commandant der Pfälzer Volkswehr hat an die Bewohner der Pfalz ein Aufgebot zum Landsturm erlassen, um die heranrückenden Preußen zurückzuschrecken. — Struve mit Gemahlin übernachteten gestern hier und haben sich heute nach Kaiserslautern begeben. — Truppen aus dem Badischen kommen in die Pfalz, um den Pfälzern Hülfe zu leisten. —

Schleswig-Holstein.

Kendsburg, 9. Juni. Orla Lehmann ist gestern Nach-mittag um 4 Uhr von hier, unter Begleitung des Capitänwachmei-sters der Festung, nach dem Sundewittschen abgeführt worden, um an die dänischen Vorposten bei Sonderburg ausgeliefert zu werden. Er ist auf Verwendung des General Brittwitz freigegeben worden, um zu seiner in Kopenhagen befindlichen Gattin, die schwer erkrankt sein soll, zurückkehren zu können. Seine Abführung von hier wurde sehr geheim gehalten und erst heute Morgen in der Stadt bekannt.

Von der Königsau, 11. Juni. Vorgestern Morgen ist es den Dänen gelungen, eine als Feldwache unweit Skanderborg po-stirte, aus 1 Rittmeister, 2 Lieutenants und 70 Mann bestehende halbe Schwadron hessischer Husaren zu umzingeln und sie nebst ihren Pferden